



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Klimaschutz, Umwelt und Ordnung am 12.05.2022**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 16:00 Uhr bis 20:36 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

| | |
|---------------------------|---|
| Alexander Raue | Ausschussvorsitzender, AfD-Stadtratsfraktion Halle |
| Anja Krimmling-Schoeffler | Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) |
| Marion Krischok | Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) |
| Dr. Christoph Bergner | CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Vertreter für Herrn Mämecke |
| Andreas Scholtyssek | CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) |
| Wolfgang Aldag | Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN |
| Dennis Helmich | Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Vertreter für Frau Thomann, Teilnahme bis 18:03 Uhr |
| Dörte Jacobi | Fraktion MitBürger & Die PARTEI, Teilnahme ab 16:13 Uhr |
| Johannes Menke | Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler, Teilnahme bis 20:31 Uhr |
| Dr. Silke Burkert | SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Teilnahme bis 20:16 Uhr |
| Yana Mark | Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale), Teilnahme bis 19:58 Uhr |
| Jens Breitengraser | Sachkundiger Einwohner |
| Torsten Doege | Sachkundiger Einwohner, Teilnahme bis 20:02 Uhr |
| Burkhard Lothholz | Sachkundiger Einwohner |
| Ronja Tummescheit | Sachkundige Einwohnerin |

Verwaltung

| | |
|---------------------|---|
| René Rebenstorf | Beigeordneter Geschäftsbereich II |
| Tobias Teschner | Leiter Fachbereich Sicherheit |
| Steffen Johannemann | Leiter Abteilung Umweltrechtlicher Vollzug |
| Daniel Zwick | Leiter DLZ Klimaschutz |
| Norbert Schültke | Leiter Fachbereich Mobilität |
| Jens Otto | Leiter Abteilung Verkehrsplanung |
| Benjamin Höhne | Leiter Abteilung Technische Gebäudeausrüstung |
| Katja Herrmann | Leiterin Team Verkehrsplanung/ Stadtbahn |
| Sarah Lange | Protokollführerin |

Gäste

| | |
|-----------------|--|
| Karsten Falke | Umwelt- und Landschaftsplanung, Schüßler-Plan Ingenieurgesellschaft mbH |
| Erhard Krüger | Bereichsleiter Infrastruktur, HAVAG |
| Annett Wernicke | Leiterin Polizeirevier Halle |

Entschuldigt fehlten:

Steve Mämecke

Beate Thomann

Torsten Hahnel

Holger Krause

Anne-Marleen Müller-Bahlke

Stefan Schulz

Sabine Wolf

CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Sachkundiger Einwohner

Sachkundiger Einwohner

Sachkundige Einwohnerin

Sachkundiger Einwohner

Sachkundige Einwohnerin

zu **Einwohnerfragestunde**

zu **Fragesteller 1 zum illegalen Plakatieren/ Gefahrenabwehrverordnung**

Fragesteller 1 stellte eine Frage zum illegalen Plakatieren und der Gefahrenabwehrverordnung.

Herr Teschner antwortete auf die Frage.

Fragesteller 1 stellte eine Nachfrage zu einer Veranstaltung am Steintor.

Herr Teschner sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung wurde von dem Vorsitzenden, **Herrn Raue**, eröffnet und geleitet. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Herr Raue wies auf folgende Dringlichkeit hin:

Änderung des Baubeschlusses für die denkmalgerechte Sanierung der Feierhalle (Gebäudehülle) auf dem Gertraudenfriedhof, Landrain 25, 06118 Halle (Saale)

Vorlage: VII/2022/04066

→ **2/3 Mehrheit erforderlich**

→ **Behandlung TOP 4.4**

Des Weiteren informierte er über folgenden Änderungen und Ergänzungen:

TOP 4.1

Variantenbeschluss zum straßenbegleitenden Geh- und Radweg entlang der Salzmünder Straße und Heidestraße zwischen Dölau und Nietleben

Vorlage: VII/2021/03135

→ **Beschlussvorschlag wurde modifiziert**

TOP 4.3

Stadtbahnprogramm Halle, Elsa-Brändström-Straße - Variantenbeschluss

Vorlage: VII/2021/03498

→ **Hierzu wurde ein ÄA der CDU-Fraktion hinterlegt**

→ **Behandlung unter TOP 4.3.1**

TOP 5.4

Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Nutzung von Solarenergie und Erdwärme für kommunale Wohnungsgesellschaften

Vorlage: VII/2022/03764

- ➔ **Hierzu liegt ein ÄA der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor**
- ➔ **Behandlung unter TOP 5.4.1**

Herr Menke vertagte den Antrag seiner Fraktion unter Tagesordnungspunkt 5.2.

Frau Krimmling-Schoeffler bat um die Begründung der Dringlichkeit.

Frau Grimmer führte die Dringlichkeit der Beschlussvorlage aus.

Herr Raue bat um Abstimmung der Dringlichkeit

Abstimmungsergebnis mit 2/3-Mehrheit: einstimmig zugestimmt

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Raue** bat um Abstimmung der geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
- 3.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 10.03.2022
- 3.2. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 14.04.2022
4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Variantenbeschluss zum straßenbegleitenden Geh- und Radweg entlang der Salzmünder Straße und Heidestraße zwischen Dörlau und Nietleben
Vorlage: VII/2021/03135
- 4.2. Baubeschluss Erneuerung Wasserleitungsnetz Nordfriedhof Halle
Am Wasserturm 12 in 06114 Halle (Saale)
Vorlage: VII/2021/03034
- 4.3. Stadtbahnprogramm Halle, Elsa-Brändström-Straße - Variantenbeschluss
Vorlage: VII/2021/03498
- 4.3.1. Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Stadtbahnprogramm Halle, Elsa-Brändström-Straße - Variantenbeschluss
Vorlage: VII/2022/04075
- 4.4. Änderung des Baubeschlusses für die denkmalgerechte Sanierung der Feierhalle (Gebäudehülle) auf dem Gertraudenfriedhof, Landrain 25, 06118 Halle (Saale)
Vorlage: VII/2022/04066
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Open-Air-Kulturveranstaltungen ohne vorherige Anmeldung
Vorlage: VII/2021/03064

- 5.2. Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Prüfung der Umwidmung von Parkflächen
Vorlage: VII/2022/03648
- 5.3. Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Entwicklung von Strategien zur Sicherung der Energie- und Wärmeversorgung in Halle
Vorlage: VII/2022/03763
- 5.4. Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Nutzung von Solarenergie und Erdwärme für kommunale Wohnungsgesellschaften
Vorlage: VII/2022/03764
- 5.4.1. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum "Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Nutzung von Solarenergie und Erdwärme für kommunale Wohnungsgesellschaften" (VII/2022/03764)
Vorlage: VII/2022/04080
- 6. Mitteilungen
- 6.1. Information zur Planung "Neubau eines straßenbegleitenden Geh- und Radweges entlang der Salzmünder Straße und Heidestraße zwischen Dörlau und Nietleben"
Vorlage: VII/2022/03958
- 7. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 7.1. Anfrage der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zu privaten Anzeigen von Verkehrsordnungswidrigkeiten
Vorlage: VII/2022/03975
- 7.2. Anfrage der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zu Balkonkraftwerken
Vorlage: VII/2022/03976
- 7.3. Anfrage der Stadträtin Marion Krischok (DIE LINKE) zu den Grabstätten nach dem Gräbergesetz
Vorlage: VII/2022/03981
- 7.4. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur illegalen Müllentsorgung im Stadtgebiet von Halle (Saale) ab dem Jahr 2020
Vorlage: VII/2022/03988
- 7.5. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle zu Gegebenheiten in der Paul-Singer-Straße in Reideburg
Vorlage: VII/2022/03989
- 7.6. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle zu Gegebenheiten am Burgberg in Reideburg
Vorlage: VII/2022/03990
- 8. Anregungen
- 9. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
- 9.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 14.04.2022

- 9.2. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 10.03.2022
- 10. Beschlussvorlagen
- 11. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 12. Mitteilungen
- 13. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 14. Anregungen

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift

zu 3.1 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 10.03.2022

Es wurden keine Einwendungen gegen die öffentliche Niederschrift vom 10. März 2022 eingereicht, sodass diese durch die Ausschussmitglieder bestätigt wurde.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 3.2 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 14.04.2022

Es wurden keine Einwendungen gegen die öffentliche Niederschrift vom 14. April 2022 eingereicht, sodass diese durch die Ausschussmitglieder bestätigt wurde.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 4 Beschlussvorlagen

**zu 4.1 Variantenbeschluss zum straßenbegleitenden Geh- und Radweg entlang der Salzmünder Straße und Heidestraße zwischen Dörlau und Nietleben
Vorlage: VII/2021/03135**

**zu 6.1 Information zur Planung "Neubau eines straßenbegleitenden Geh- und Radweges entlang der Salzmünder Straße und Heidestraße zwischen Dörlau und Nietleben"
Vorlage: VII/2022/03958**

In Abstimmung mit den Ausschussmitgliedern wurde Herrn Falke das Rederecht erteilt. Es erfolgte eine gemeinsame Behandlung mit Tagesordnungspunkt 6.1.

Herr Otto führte anhand einer Präsentation in die Vorlage der Verwaltung ein.

Herr Falke ergänzte die Ausführungen zur Einbringung der Vorlage.

Herr Rebenstorf teilte mit, dass der Beschlussvorschlag aufgrund der Diskussion im Planungsausschuss nochmal modifiziert wurde und darauf hingewiesen wird, dass die Variante 2.2 zum Beschluss vorgeschlagen wird.

Frau Dr. Burkert bezog sich auf die Bahnstrecke, welche bis 2058 nicht zur Verfügung steht und fragte, inwieweit die Stadtverwaltung mit dem Eisenbahnverein in Kontakt getreten ist, welche Maßnahmen geplant wurden und ob der Eisenbahnverein freiwillig auf den Nutzungsvertrag verzichten würde, um den Fahrradweg über die Bahntrasse führen zu können.

Herr Otto antwortete, dass diese Möglichkeit bereits durch das Landesverwaltungsamt geprüft wurde und es juristisch keine Möglichkeit zur Umsetzung gibt.

Herr Aldag bedankte sich für die Präsentation. Er fragte, wer die Straßenplanungen vorgenommen hat.

Herr Otto antwortete, dass das Büro Schüßler-Plan die Planungen vorgenommen hat.

Herr Aldag merkte an, dass ein Ingenieurbüro nicht die Planungen für die Straßen als auch für die Prüfung der FFH-Verträglichkeit vornehmen sollte. Er bat darum, künftig zwei Ingenieurbüros dafür zu beauftragen.

Herr Doege fragte, ob Höhlenbäume speziell gesichert werden.

Herr Falke antwortete, dass es sich um Bäume handelt, die nicht tot sind, sondern Höhlenstrukturen aufweisen.

Herr Menke fragte, ob das Erhalten der Höhlenbäume sichergestellt ist. Zudem fragte er nach Ersatzquartieren.

Herr Falke antwortete, dass man bemüht ist, alle Höhlenbaume zu erhalten, wenn dies nicht gelingen sollte, werden Ersatzquartiere geschaffen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Raue** bat um Abstimmung der Beschlussvorlage.

zu 4.1 Variantenbeschluss zum straßenbegleitenden Geh- und Radweg entlang der Salzmünder Straße und Heidestraße zwischen Dörlau und Nietleben
Vorlage: VII/2021/03135

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

zugestimmt nach Änderungen

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

zugestimmt nach Änderungen

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die **als** Vorzugsvariante **die Variante 2.2 eines des** straßenbegleitenden Geh- und Radwegs entlang der Heidestraße und Salzmünder Straße auf einer Länge von ca. 2.130 m.

zu 6.1 Information zur Planung "Neubau eines straßenbegleitendesn Geh- und Radweges entlang der Salzmünder Straße und Heidestraße zwischen Dörlau und Nietleben"
Vorlage: VII/2022/03958

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 4.2 Baubeschluss Erneuerung Wasserleitungsnetz Nordfriedhof Halle Am Wasserturm 12 in 06114 Halle (Saale)
Vorlage: VII/2021/03034

Herr Höhne brachte die Beschlussvorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

Frau Jacobi fragte, weshalb die Kosten für den Nordfriedhof höher sind, als für die Baumaßnahme auf dem Südfriedhof.

Herr Höhne antwortete, dass die Preise aufgrund der wirtschaftliche Lage deutlich gestiegen sind. Zudem ist der Aufwand zur Durchführung der Schutzmaßnahmen auf dem Nordfriedhof deutlich höher.

Frau Dr. Burkert bezog sich auf das große Baumsterben auf den Friedhöfen und fragte, ob es Überlegungen gibt, zukünftig automatisierte Bewässerungssysteme einzusetzen.

Herr Höhne antwortete, dass keine Anschlüsse dafür vorgesehen sind.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Raue** bat um Abstimmung der Beschlussvorlage.

zu 4.2 Baubeschluss Erneuerung Wasserleitungsnetz Nordfriedhof Halle Am Wasserturm 12 in 06114 Halle (Saale)
Vorlage: VII/2021/03034

Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner:

einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis Stadträtinnen und Stadträte:

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben beschließt die Erneuerung des Wasserleitungsnetzes auf dem Nordfriedhof.

zu 4.3 Stadtbahnprogramm Halle, Elsa-Brändström-Straße - Variantenbeschluss
Vorlage: VII/2021/03498

zu 4.3.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Stadtbahnprogramm Halle, Elsa-Brändström-Straße - Variantenbeschluss
Vorlage: VII/2022/04075

zu 6.2 Information zum Vorhaben Stadtbahnprogramm Halle, Elsa-Brändström-Straße
Vorlage: VII/2022/04044

In Abstimmung mit den Ausschussmitgliedern wurde Herrn Krüger das Rederecht erteilt. Es erfolgte eine gemeinsame Behandlung mit Tagesordnungspunkt 6.2.

Herr Otto führte anhand einer Präsentation in die Vorlage der Verwaltung ein.

Frau Herrmann ergänzte die Ausführungen zur Einbringung der Vorlage.

Herr Aldag bedankte sich für die Ausführungen und die sichtlichen Bemühungen, alle Bäume zu erhalten. Er bezog sich auf den Kreuzungsbereich an der Vogelweide und sagte, dass die Fahrradführung nicht ersichtlich ist. Des Weiteren fragte nach den Planungen nach dem Rückbau der Wendeschleife.

Frau Herrmann antwortete, dass die Fahrradwegführung in einem Markierungsplan ersichtlich wäre, welcher erst zu einer späteren Planungsphase erstellt wird. Wenn es eine Linksabbiegespur gibt, dann darf der Radverkehr diese benutzen. Zusätzlich wird dazu noch das indirekte Linksabbiegen vorgesehen. Auf die zweite Frage antwortete sie, dass es hierfür noch keine Planungen gibt.

Herr Rebenstorf ergänzte, dass an der Wendestelle eine Freiflächengrüngestaltung erfolgen wird.

Frau Jacobi fragte, ob für den Nordabschnitt/ Seite Friedhof Stellplätze für Menschen mit Gehbeeinträchtigungen geplant sind.

Herr Otto antwortete, dass für den Seiteneingang keine weiteren Stellplätze vorgesehen sind. Er verwies hier auf den Haupteingang des Friedhofs in der Huttenstraße.

Herr Raue bezog sich auf die Fläche zwischen den Bäumen und den Gebäuden und fragte, ob der Fahrradweg über die Baumscheiben geführt werden könnte, um mehr Stellplätze erhalten zu können.

Herr Otto antwortete, dass diese Variante geprüft wurde. In der Abwägung wurde einer anderen Variante der Vorrang gegeben.

Herr Rebenstorf wies darauf hin, dass die zusammenhängende Fläche von Fahr- und Radweg für den Havariefall benötigt wird.

Herr Scholtyssek bedankte sich für die Planung und brachte den Änderungsantrag seiner Fraktion ein und begründete diesen.

Herr Rebenstorf betonte, dass der fließende Verkehr Vorrang gegenüber dem ruhenden Verkehr hat. Zudem teilte er mit, dass bei bestehenden Wohngebäuden kein Stellplatznachweis erforderlich ist. Er sicherte zu, weitere Gespräche mit der Genossenschaft zu suchen, um weitere Stellplätze auf deren Grundstücken zu schaffen. Es ist ein übergeordnetes öffentliches Interesse, dass der ÖPNV ausgebaut wird.

Herr Otto ergänzte, dass es nicht möglich ist, den vorhandenen Radweg eins zu eins an derselben Stelle und derselben Höhenlage wieder errichten zu können. Es müsste dafür massive technische Brückenkonstruktionen über den Wurzelbereichen installiert werden.

Herr Scholtyssek bedankte sich für die Gesprächsbereitschaft. Er wünschte sich dennoch, dass solche Gespräche vorab stattfinden. Das sollte ein paralleler Planungsprozess sein. Er fragte, wo beispielsweise Handwerker parken sollen, wenn die dezidierte Anzahl der Parkplätze schon durch Anwohnerfahrzeuge besetzt sein wird. Zudem sagte er, dass er die Argumentation von Herrn Otto nicht nachvollziehen kann, da auch bei einer Begrünung der Asphalt abgetragen werden muss.

Herr Rebenstorf sagte, dass die Parkplätze auf der Westseite für jedermann nutzbar ist, zudem wäre eine temporäre Sperrung auf Antrag möglich. Gespräche mit den Genossenschaften gab es bereits vor über einem dreiviertel Jahr, noch bevor das Thema an die Öffentlichkeit gegeben wurde.

Herr Otto ergänzte, dass alle Anlieger, wie auch bei anderen Stadtbahnplanungen, bereits vor Corona angeschrieben wurden. Zudem gab es in der Murmanskter Straße eine erste große Bürgerbeteiligung und vor ca. einem Jahr gab es eine Öffentlichkeitsbeteiligung über TV Halle.

Zu Herrn Scholtyssek sagte er, dass ein erneuter Radwegeaufbau sehr viel tiefgehender wäre, als das Abschälen des Asphalts und das Aufbringen eines Substrates für die Grünanlage.

Frau Dr. Burkert bezog sich auf die immer wieder im Gleisbett landenden Fahrzeuge und fragte, wie solche Unfälle künftig verhindert werden. Des Weiteren fragte sie, ob Lieferzonen für Paketdienste mit vorgesehen sind.

Herr Otto antwortete, dass in Zusammenarbeit mit der HAVAG alles unternommen wird, um solche Unfälle zu vermeiden. Das künftige Gleisbett ist in der Ausführung etwas toleranter, um aus dem Gleisbett wieder herausfahren zu können. Gänzlich können solche Situationen nicht vermieden werden. Überlegungen zu Paketdiensten, Pflegediensten, Handwerkern etc. könnten im Mobilitätskonzept mit einbezogen werden.

Frau Krimmling-Schoeffler bezog sich auf den Änderungsantrag und gab zu bedenken, dass der Baubeginn erst in drei Jahren erfolgt. Sie regte Kurzzeitparkplätze, vor allem auf den Flächen der Discounter an, da diese über Nacht nicht belegt sind. Zudem könnte auch der große Parkplatz an der Fliederwegkaserne geprüft werden, ob dieser zu einem Prozentsatz an die Anwohner freigegeben werden könnte.

Sie fragte, weshalb die Wendeschleife überhaupt zurückgebaut wird und ob es nicht ausreichen würde, lediglich die Gleiskörper auszubauen und alles andere zu belassen.

Herr Krüger antwortete, dass es möglich wäre, nur den Gleiskörper auszubauen, allerdings ist es angedacht, Straßenbahnen einzusetzen, die breiter sind (2,40 Meter), um mehr Raum in den Straßenbahnen bieten zu können. Auch regelkonforme Breiten müssen laut Gesetzeslage geschaffen werden. Zum Rückbau der Wendeschleife sagte er, dass die Wende-

schleife nicht mehr benötigt wird, da die Bahnen eine Fahrerkabine sowohl am Anfang als auch am Ende haben. Zudem kann auch der Lärm an der Endhaltestelle minimiert werden.

Herr Doege bezog sich auf die Variantenerläuterung und sagte, dass für ihn nichts gegen die Variante 1a spricht, denn der Stellplatzverlust für die Anwohnerinnen und Anwohner ist erheblich. Der Verlust einer Grünfläche wäre seiner Meinung nach geringer, als der Verlust der Stellplätze.

Herr Menke kritisierte, dass so viele Stellplätze wegfallen werden. Darüber hinaus gab er zu bedenken, dass durch den Parkplatzsuchverkehr eine zusätzliche Umweltbelastung entsteht. Seiner Meinung nach entsteht der Eindruck, dass die Anwohner, denen diese Planung nicht passt, wegziehen sollen. Er fragte, welche Lebenserwartungen die Platanen nach der Sanierung haben werden.

Herr Rebenstorf wies die Aussage zum Wegzug der Anwohner zurück. Es gab eine frühzeitige Bürgerbeteiligung. Er betonte nochmal, dass der Parkplatz im öffentlichen Raum für den privaten PKW ein freiwilliges Angebot der Kommune ist. Hier gibt es ein übergeordnetes Interesse am Ausbau des ÖPNVs.

Herr Menke sagte, dass Bürgerbeteiligungen, die dann letztendlich nicht beachtet werden, dass denen, seiner Meinung nach, der Eindruck vermittelt wird, dass diese Bewohner wegziehen sollen, wenn sie einen Parkplatz haben wollen.

Frau Herrmann bezog sich auf die Frage zu den Platanen und antwortete, dass die Bäume bei gleichbleibenden Standortbedingungen ca. eine Lebenserwartung von 30 Jahren haben.

Herr Otto ergänzte, dass durch eine Sanierung bessere Lebensbedingungen für die Bäume geschaffen werden. Zudem merkte er an, dass der Fahrradweg im derzeitigen Zustand kaum noch nutzbar ist.

Herr Raue sagte, dass in der Beesener Straße ebenfalls das Gleisbett durch den Kfz-Verkehr mit genutzt wird. Er regt an, die Variante 1a nochmal zu prüfen. Er erinnerte an das Konzept zur autoarmen Innenstadt, in dem stand, dass die Unternehmen in die Außenbereiche der Stadt ziehen könnten. Seiner Meinung nach sind die Belange der Anwohner*innen der Stadtverwaltung nicht so wichtig. Er fragte, ob die Beschleunigung durch das doppelte Gleisbett, wirklich zu bevorzugen ist.

Herr Rebenstorf merkte an, dass wenn jemand, der im dichtbebauten Innenstadtbereich unbedingt das Auto benötigt, damit rechnen muss, dass es erst eine Parkplatzmöglichkeit in 300 bis 500 Meter Entfernung gibt. Zum Gleisbett sagte er, dass eine Bauweise wie in der Beesener Straße dazu führen würde, dass die Finanzierung allein durch die Kommune getragen werden müsste, das heißt die Maßnahme wäre nicht förderfähig.

Herr Otto ergänzte, dass die Variante 1a regelwidrig ist und so nicht ausgeführt werden kann.

Herr Raue fragte, weshalb der Radweg neben der Baumreihe regelwidrig wäre.

Herr Otto antwortete, dass ein Meter Radweg regelwidrig ist.

Herr Scholtyssek sagte, dass der Zustand der Baumscheiben verbessert werden muss. Er fragte, weshalb die Parkreihe nicht darüber geschoben werden kann.

Herr Otto antwortete, dass es zu einer weiteren Verdichtung im Wurzelraum kommen würde und dass das Ende der Bäume bedeuten würde.

Herr Scholtyssek fragte, weshalb es keine Abbiegemöglichkeit von der Elsa-Brandström-Straße in Richtung Damaschkestraße geben wird. Des Weiteren fragte er nach dem Zweck der Eingleisigkeit am Kreisel. Er verwies hier auf Büschdorf.

Herr Krüger antwortete, dass kostenoptimiert geplant werden muss. Abbiegegleise kosten rund 600.000 Euro. Zudem sagte er, dass es keine Eingleisigkeit gibt, sondern es zwei Weichen gibt.

Frau Jacobi betonte, dass der Stadtrat einen bundespolitischen Auftrag hat, und zwar die Verkehrswende umzusetzen. Zum Änderungsantrag sagte sie, dass dieser eine erhebliche Unfallquelle für Radfahrer darstellt. Sie befürwortete die Vorzugsvariante der Stadtverwaltung und warb um Zustimmung.

Herr Aldag kann die Ausführungen von Herrn Menke nicht nachvollziehen. Er betonte, je größer die Baumscheibe eines Baums ist, desto besser sind die Standortbedingungen. Er befürwortete die Baumaßnahme.

Frau Krimmling-Schoeffler betonte, dass die Allee gesetzlich geschützt ist. Auch sie kann die Argumente von Herrn Menke nicht nachvollziehen. Sie warb um Zustimmung für den Variantenbeschluss.

Herr Lothholz fragte, ob es möglich ist, den Fahrradweg gegenüber dem fließenden Verkehr zu erhöhen. Er merkte an, dass eine zusätzliche Kante auch Fahrzeuge davon abhalten könnte, auf dem Radweg zu parken.

Herr Otto antwortete, dass es eine Fahrbahnmarkierung geben soll. Eine Bordsteinkante wäre eine zusätzliche Gefahrenquelle.

Frau Mark stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte.

Abstimmungsergebnis GO-Antrag: einstimmig zugestimmt

Herr Raue bat um Abstimmung der Beschlussvorlage und des dazugehörigen Änderungsantrags.

zu 4.3 **Stadtbahnprogramm Halle, Elsa-Brändström-Straße - Variantenbeschluss**
Vorlage: VII/2021/03498

Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner: mit Patt abgelehnt

Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte: mit Patt abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die Vorzugsvariante der Vorplanung zum Ausbau der Elsa-Brändström-Straße einschließlich der Gestaltungsprinzipien wird als Grundlage für die weitere Planung bestätigt.

zu 4.3.1 **Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Stadtbahnprogramm Halle, Elsa-Brändström-Straße - Variantenbeschluss**
Vorlage: VII/2022/04075

Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner: mehrheitlich zugestimmt

Abstimmungsergebnis Stadträtinnen und Stadträte: mit Patt abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die Vorzugsvariante der Vorplanung zum Ausbau der Elsa-Brändström-Straße einschließlich der Gestaltungsprinzipien wird als Grundlage für die weitere Planung bestätigt.

1. Als Vorzugsvarianten werden im nördlichen Abschnitt A die Variante 1a (Radfahrstreifen und Parkstreifen Ostseite), im mittleren Abschnitt B die Variante 1f und im südlichen Abschnitt C die Variante 1a' bestätigt.

2. Die Verwaltung prüft in der weiteren Planung den Erhalt zusätzlicher PKW-Stellplätze in den Abschnitten A und C.

zu 6.2 **Information zum Vorhaben Stadtbahnprogramm Halle, Elsa-Brändström-Straße**
Vorlage: VII/2022/04044

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 4.4 **Änderung des Baubeschlusses für die denkmalgerechte Sanierung der Feierhalle (Gebäudehülle) auf dem Gertraudenfriedhof, Landrain 25, 06118 Halle (Saale)**
Vorlage: VII/2022/04066

Frau Grimmer führte in die Vorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Raue** bat um Abstimmung der Beschlussvorlage.

zu 4.4 **Änderung des Baubeschlusses für die denkmalgerechte Sanierung der Feierhalle (Gebäudehülle) auf dem Gertraudenfriedhof, Landrain 25, 06118 Halle (Saale)**
Vorlage: VII/2022/04066

Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis Stadträtinnen und Stadträte: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt die Änderung des Baubeschlusses vom 27.10.2021 (Vorlage-Nr. VII/2021/02981) betreff der denkmalgerechten Sanierung der Feierhalle (Gebäudehülle) auf dem Gertraudenfriedhof mit einem erhöhten Kostenrahmen.
2. Der Stadtrat beschließt eine überplanmäßige Auszahlung für das Haushaltsjahr 2022 im Finanzhaushalt für folgende Investitionsmaßnahme:

PSP-Element 8.55301027.700 Projekt: Gertraudenfriedhof Fassade Feierhalle (HHPL Seiten 726, 1282, 1299)

Finanzpositionsgruppe 785* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 246.000 EUR.

Die Deckung im Finanzhaushalt erfolgt aus folgender Investitionsmaßnahme:

PSP-Element 8.55301026.700 Projekt: Gertraudenfriedhof Sanierung Weiher (HHPL Seiten 725, 1282, 1299)

Finanzpositionsgruppe 785* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 246.000 EUR

3. Der Stadtrat beschließt eine überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung (VE) für das Haushaltsjahr 2022 im Finanzhaushalt für folgende Investitionsmaßnahme:

PSP-Element 8.55301027.700 Projekt: Gertraudenfriedhof Fassade Feierhalle

Finanzpositionsgruppe 785* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 244.100 EUR.

Die Deckung im Finanzhaushalt erfolgt aus folgender Investitionsmaßnahme:

PSP-Element 8.55301026.700 Projekt: Gertraudenfriedhof Sanierung Weiher

Finanzpositionsgruppe 785* Auszahlungen für Baumaßnahmen in Höhe von 244.100

zu 6.4 Information zur Kriminalitätsstatistik und Unfalllage

In Abstimmung mit den Ausschussmitgliedern wurde Frau Wernicke das Rederecht erteilt.

Frau Wernicke informierte anhand einer Präsentation über die Kriminalitätsstatistik und die Unfalllage.

Anmerkung: Die Präsentation ist in Session eingestellt.

Auf Antrag der AfD-Stadtratsfraktion wurde ein Wortprotokoll zur Diskussion der Mitteilung angefertigt.

Frau Dr. Burkert

Vielen Dank für Ihre Präsentation und die Zeit, die Sie sich nehmen zu uns zu kommen. Meine Frage geht in Richtung Schulen. Also, wir machen viele Schulbesuche und wir wurden

öfter angesprochen, dass die Schulleiter beklagen, dass im Schulumfeld, also, nicht direkt auf dem Schulgelände, aber im Schulumfeld Drogen verkauft werden und es zu Gewaltdelikten kommt. Und da ist meine Frage: Ist Ihnen das bekannt, wie bewerten Sie das und was kann die Polizei in Halle vielleicht da noch dazu beitragen, dass gerade im Schulumfeld die Kinder sicherer sind und auch vor Drogen besser geschützt sind.

Die erste Frage und die zweite Frage zu den Fahrraddiebstählen. Da es ja so, dass doch Halle deutlich mehr Fahrraddiebstähle hat als Magdeburg, ich glaube, es waren 21 2200, in Magdeburg nur 1800. Hier die Frage: Wie man diese Differenz erklären kann und was kann Halle vielleicht da noch besser machen? Man will ja nicht immer nach Magdeburg gucken, aber der Vergleich drängt sich trotzdem ein bisschen auf.

Und tödliche Unfälle mit Radfahrer, das Thema ist ja nochmal wichtig. Ist es vorstellbar, dass man da immer den ADFC mit dazu nimmt in die Unfallkommission und ich glaube, das muss nicht immer sein, aber es gibt ja viele weiße Fahrräder in Halle; wo man sieht, da sind Fahrradfahrer tödlich verunglückt, dass man da mehr wirklich noch die Fahrradfahrer in Form des ADFC mit einbeziehen könnte. Das wären meine Fragen, vielen Dank.

Herr Raue

Frau Wernicke.

Frau Wernicke

Also, zum Thema Schule. Wir haben uns den, ich sage mal, den Luxus gegönnt, wir haben im Regionalbereichsbeamte, die wir direkt für die Schulen eingesetzt haben, das heißt, wir haben drei Beamtinnen und Beamte, die zu allen Schulen Kontakte haben. Das heißt, die machen nicht alles, sondern wirklich sind für die Schulen da, wenn wir Gewaltdelikte haben, die gehen mit in die Klassen rein, die haben den Kontakt zu den Schulsozialarbeitern, zu den Schulpsychologen, zu Schulleitern. Wir haben jetzt aktuell unsere Unterlagen zu den Schulen ergänzt, sodass die wirklich vor Ort präsent sind. Deshalb haben wir auch immer gut die Möglichkeit, wenn es Sorgen und Nöte gibt, dass die Schulleitung uns ansprechen, also, da ist der direkte Draht da. Manche Schulen interessieren sich eher für das Schulgelände und gucken nicht so ins Umfeld, andere sind da sehr interessiert daran, dass auch im Umfeld nichts ist. Wir führen mit dem Ordnungsamt gemeinsame Streifen durch. In der Innenstadt und in Neustadt haben wir seit Beginn des Jahres 61 gemeinsame Streifen durchgeführt. Die gehen auch an den Schulen lang. Das macht die Drogen nicht weg. Aber hier ist insbesondere auch die Prävention gefragt, dass die Schülerinnen und Schüler auch aufgeklärt sind, worauf sie sich einlassen. Das ist ein wichtiger Aspekt dabei und unsere Präsenz vor Ort ist ein anderer Baustein, der dazu führt, dass man sich nicht genau dort aufhält, wo wir gerade lang kommen. Manchmal führt der Weg dann wieder zurück, dahin, wo die Konsumenten bzw. auch diejenigen, die das kaufen möchten, auch sich vorfinden. Wichtig ist hier Prävention und da sind wir auch mit dabei.

Wenn es da insbesondere Hinweise gibt, gerne an uns, dann würden wir uns dem Thema auch nochmal widmen, aber im Bereich täterorientierte Ermittlungen, da werden auch die Betäubungsmittel und Jugenddelikte mit bearbeitet, die haben einige Schulen auch, mit denen sie in Kontakt stehen, was das Umfeld angeht, wo wir auch schon Maßnahmen getroffen haben, sowohl zivil oder auch uniformiert, um diesen Dingen zu begegnen.

Zu den Fahrrädern. Ich kann es Ihnen nicht erklären, warum der Unterschied zwischen Magdeburg und Halle ist. In Erfurt werden auch viel weniger Fahrräder entwendet. Wir setzen nur auf das Thema Beratung. Unsere kriminalpolizeiliche Beratungsstelle, die haben diverse Hinweise auch in Richtung der Vermieter, dass sie zum Beispiel so Fahrradkäfige oder Räume einrichten, mit besonderen Verriegelungen, die dann doch etwas sicherer sind, als einfache Verschlüsse. Ja, jeder kann nur gucken, dass er sein Fahrrad gut abschließt und ich weiß jetzt, wenn viele Hände hochgehen, die sagen, ich habe mein Fahrrad gut abge-

geschlossen und trotzdem war es weg. Anders als es im Blick zu haben uns versuchen gut zu sichern, kann man dem wahrscheinlich gar nicht begegnen, denn der Diebstahl von Fahrrädern ist ein Phänomen, was überall da ist, in manchen Bereichen etwas weniger, woanders etwas mehr. Ich freue mich, dass wir zumindest rückläufige Tendenzen hatten von 20 zu 21.

Ob der ADFC immer mit dabei sein muss, das kann ich Ihnen jetzt gar nicht so genau sagen, ich weiß, dass wir in der Unfallkommission diese ganzen Schwerpunkte uns anschauen, dort, wo Unfälle waren und wo auch die Radfahrer leider zu Tode gekommen sind, immer wieder mit betrachtet werden. Ich weiß, dass sie mit dabei sind, aber ich weiß nicht, ob es jetzt eine Verpflichtung gibt, sie dort mit einzubeziehen, aber für mich eine logische, sinnhafte Ergänzung des Ganzen. Da muss ich leider Herr Bade, als unseren Experten fragen, der in der Unfallkommission ist und könnte das gerne nochmal zurückmelden.

Herr Raue

Okay, vielen Dank, Frau Wernicke. Dann habe ich auch noch ein paar Fragen: Mich würde mal interessieren, wie sich die Polizei dieses Anwachsens dieser bandenmäßigen Raubdelikte so erklären kann, ob es da schon einen, nicht nur einen Ansatz gibt, einen Erklärungsansatz, vielleicht auch durch Befragungen oder durch Analyse dieser Geschehnisse. Und dann hätte ich gerne nochmal, das hatte ich jetzt nicht gesehen, vielleicht hatte ich es auch übersehen, eine Frage zu besonders schweren Delikten. Die habe ich jetzt einfach nicht gesehen. Mord, Totschlag, schwere Körperverletzung, wie sich das entwickelt hat und auch so im öffentlichen Interesse ist immer die Frage von der Täterherkunft auch, ob Sie dazu was sagen können, also, die Tatverdächtigen.

Frau Wernicke

Also, zu den Motiven der derzeitigen Tatverdächtigen kann ich jetzt leider noch nicht sagen, weil das sind alles Verfahren, die derzeit in Bearbeitung sind, also, laufende Ermittlungsverfahren. Es gibt da einige Aussagen schon, also, es waren schon einige Jugendliche zur Vernehmung. Die müssen natürlich immer mit ihren Erziehungsberechtigten kommen. Das wird immer hinterfragt, wie kommst du denn dazu, was habt ihr euch denn dabei gedacht, aber ich denke, das ist gerade noch nicht der richtige Zeitpunkt darüber zu sprechen.

Zu den schweren Delikten, das hatte ich vorhin gesagt, das wird in der Behörde bearbeitet. Also, ich kann nur für das Polizeirevier Halle sprechen. Die Fachkommissariate, also, was Mord, Totschlag, schwere Sexualdelikte, Brände, organisierte Kriminalität angeht, das ist nicht in unserem Bereich.

Herr Raue

Und zur Täterherkunft?

Frau Wernicke

Zur Täterherkunft, also, zumindest zur Zusammensetzung der aktuell agierenden Täter kann ich sagen, die sind von überall. Aus Halle, aber auch andere Nationalitäten, das ist vielfältig und im Alter von 13 bis 23 Jahren, was wir jetzt derzeit schon ermittelt haben. Das hatten wir alles schon mal in der Pressemeldung auch schon mitverarbeitet.

Herr Raue

Und lässt sich da vielleicht irgendwas ableiten, beispielsweise am prozentualen Anteil der Gesamtbevölkerung, dass man da irgendwie Schwerpunkte erkennen kann?

Frau Wernicke

Also, jetzt für die aktuellen Sachen oder...

Herr Raue

Generell für die 21er-Delikte, die so stattfinden.

Frau Wernicke

Also, das ist sehr unterschiedliche.

Herr Raue

Gerade diese Raubdelikte meine ich.

Frau Wernicke

Für die Raubdelikte kann ich Ihnen jetzt für 21 nicht sagen, wie da die Herkunft ist. Aber auch da, ich bin ja jetzt schon eine Weile hier in Halle, weiß ich, das ist ein meldepflichtiges Ereignis, dass dort immer wieder Tatverdächtige auch unterschiedlicher Herkunft waren. Also, da kann ich jetzt keinen Schwerpunkt sagen, was Nationalitäten angeht.

Herr Raue

Gut, Danke. Dann ist Herr Menke dran.

Herr Menke

Dankeschön. Ich habe auch zu dieser jugendlichen Bandenkriminalität noch eine Frage. Sie haben so in einem Halbsatz gesagt, dass sich auch zunehmen die Jugendlichen bewaffnen, um sich zu verteidigen. Am Wochenende hat es da auch einen Vorfall gegeben, der stand nicht in Ihrer Pressemitteilung am Stadtpark. In Ihrer Pressemitteilung stand nur, dass zwei Abiturienten überfallen wurden und angegriffen worden sind, aber dass der eine Abiturient dann ein Messer rausgeholt hat und den Täter tief in die Hand geschnitten hat und in den Arm gestochen hat und der nach O-Ton geblutet hat wie ein Schwein, stand nicht drin. Und ich glaube, wenn solche Beispiele jetzt unter den Jugendlichen Schule machen, dass der Abiturient sich mit dem Messer da erfolgreich verteidigen konnte, dann führt das dazu, dass sich deutsche Jugendliche noch mehr bewaffnen und ich halte das für extrem gefährlich, weil die Kinder und Jugendlichen, die sich bewaffnen, können vielleicht auch mit diesen Messern und so weiter gar nicht richtig umgehen und kommen dann nur noch in noch gefährlichere Situation, oder holen die Messer vielleicht raus in Situationen, bei denen es gar nicht angemessen ist.

Ich habe mal von einem Psychologen gelesen, wer ein Messer mitnimmt, stellt sich auch psychologisch darauf ein, es zu benutzen. Und in Berlin habe ich das schon vor 20 Jahren gesehen, dass 14-Jährige nicht ein Messer mitgenommen haben, sondern zwei und auf Nachfrage hieß es, damit mir draußen, abends um halb acht nicht abgezogen wird. Und ich meine, da muss man unbedingt was gegen unternehmen, dass nicht am Ende die Kinder und Jugendlichen hier auf der Straße rumrennen, mit Messern, um andere zu überfallen, aber auch mit Messern, um sich zu verteidigen, weil solche Beispiele machen am Ende ja auch Schule. Dieses Beispiel da am Stadtpark da am Wochenende, also, ich weiß es direkt von der Mutter des betroffenen Jugendlichen.

Frau Wernicke

Deshalb ist unsere Botschaft auch immer. Es ist unser Job, also, es ist Aufgabe der Polizei. Also, die Jugendlichen sollen sich natürlich in keinem Fall in solche Situationen bringen. Sie haben das schon genau richtig gesagt. Da sieht man sich in einer Situation gegenüber, die man gar nicht händeln kann. Es ist unsere Aufgabe. Wir müssen gucken, dass wir die Bereiche im Blick haben. Nur sind die Tatorte derzeit wirklich so verteilt, dass es, anfänglich war es Landesmuseum und Stadtpark. Da sind wir auch präsent, aber es kommen immer andere Tatorte immer auch hinzu und ja, da sind wir gerade dabei, dass alles zu analysieren und zu gucken, dass man da auch breit möglichst aufgestellt ist, aber die Botschaft wäre immer, Nein, begeben euch nicht in Situationen, geht zu viel raus, lasst euch nicht provozieren, sucht Stellen auf, wo auch andere Leute sind, spricht Menschen an, die euch zu Hilfe kommen können und nicht dort den Helden spielen. Also, das wird immer das sein, was unsere mahnende Botschaft immer ist.

Herr Menke

Vielleicht nochmal eine Nachfrage. Also, es muss ein Täter gewesen sein, der denen nichts klauen wollte, sondern der wollte die nur zusammenschlagen. Gibt es da irgendwelche Erkenntnisse, dass sowas zunimmt, dass die überhaupt nicht klauen wollen, sondern dass die einfach nur irgendwelche Jugendlichen zusammenschlagen wollen, oder andere Menschen, die vielleicht auch älter sind und zusammenschlagen wollen? Ich habe schon von ähnlichen Fällen auch gehört.

Frau Wernicke

Also, ob hier in den ganzen statistischen Erfassungen, welche Einzeltaten da drin sind, das kann ich natürlich nicht sagen, aber, aktuell ist es so, dass es eher Jugendliche betrifft, sowohl von den Tatverdächtigen, als auch von den Geschädigten. Also, es war noch kein Fall dabei, wo eine ältere Dame oder ein älterer Herr irgendwo im Dunkeln abgepasst wurde. Es geht hier wirklich immer um Jugendliche, die andere Jugendliche ansprechen und meistens auch immer was haben wollen. Nicht eher verprügeln, sondern, hast du mal eine Zigarette, hast du Geld, hast du... Gib Kopfhörer her. Also, dies ist immer wiederkehrende Phänomen in wechselnder Tatbeteiligung.

Herr Menke

Dankeschön.

Herr Raue

Ich verlese mal, wer als Nächster dran ist, damit alle sich wiederfinden. Frau Krimmling-Schoeffler ist jetzt dran und danach Herr Dr. Bergner, Frau Mark und dann Frau Jacobi. Frau Tummescheit, haben Sie sich auch gemeldet? Dann nehme ich Sie auch noch auf die Liste, Frau Tummescheit. Nicht so zurückhaltend. Okay, also.

Frau Krimmling-Schoeffler

Ich ziehe zurück.

Herr Raue

Sie ziehen zurück, alles klar, gut. Dann ist jetzt an der Stelle Herr Bergner.

Herr Dr. Bergner

Ja, vielen Dank, vielen Dank auch für diese komprimierte Darstellung. Ich glaube auch vor dem Hintergrund der Kontroverse, die wir in der letzten Stadtratsitzung hatten über die Relevanz des Deliktbereiches bandenmäßige Jugendkriminalität und Raubüberfälle, waren Ihre Zahlen schon sehr wichtig und auch der Hinweis, dass das ein Deliktbereich ist, der sich seit Oktober 21, wenn ich Sie richtig verstanden habe, geradezu sprunghaft entwickelt. Und nun ist, wenn man über präventive Strategien nachdenkt natürlich die Frage, wie kann es zu einer solchen sprunghaften Entwicklung kommen? Das wäre also meine erste Frage. Gibt es da irgendwelche Anhaltspunkte, ist das jetzt irgendwo in der jugendlichen Kommunikation Mode geworden sowas zu machen, oder wo kann man da präventive Ansätze suchen?

Und der zweite vielleicht auch für präventive Ansätze wichtig, die Täterherkunft müsste sich ja vielleicht auch wohnortspezifisch etwas stärker lokalisieren lassen, wenn wir das Stadtgebiet von Halle Regionalisierung, gibt es da bestimmte Konzentrationen, in den Wohnortkonzentration in den Täterbereich dieser Jugendüberfälle und Jugendkriminalität? Das sind die 2 Fragen, die ich gerne hätte.

Frau Wernicke

Es ist total interessant darüber zu debattieren, allerdings kommen wir jetzt ganz schön weit weg von der Kriminalstatistik in diese aktuelle Diskussion. Ich muss leider sagen, also, ich überlege die ganze Zeit, was haben wir jetzt schon in der Pressemeldung und was weiß ich, was Sie aber noch nicht wissen sollen, weil es einfach, wie gesagt, das laufende Verfahren

ist sowie die Tatorte sich über das Stadtgebiet verteilen, so kommen auch die Tatverdächtigen aus unterschiedlichen Stadtteilen, das, ich glaube, da lehne ich mich nicht zu weit aus dem Fenster, aber es ist keine Konzentration an einer Straße, in einem Wohngebiet, wo man jetzt sagen könnte, da gehen wir jetzt hin, dann stellen wir uns hin und dann haben wir sie alle, also, so ist es nicht. Es ist wirklich sehr komplex, sowohl das Tätergebilde, als auch die Tatorte, die wir haben.

-Zwischenrufe-

Frau Wernicke

Also, es ist, glaube ich, tatsächlich noch nicht erforscht, warum das jetzt ab Oktober so aufgetreten ist, wenn es immer nur eine Truppe wäre, könnte man sagen, okay, die, die haben es entdeckt für sich, aber dadurch, dass es so viele sind, haben wir die richtige Lösung noch nicht dafür gefunden, warum es jetzt genau ab Oktober losging.

Herr Raue

Frau Mark.

Frau Mark

Ja, erstmal auch von mir, vielen Dank für die Zahlen, wir haben es ja gerade schon sehr richtig gehört von Herrn Dr. Berger. Es wird uns, glaube ich, die Debatte einfach erleichtern, weil wir alle einen gleichen Basisfaktenstand haben, welche Schlüsse wir daraus ziehen, wird dann der Stadtrat sehen, aber ich glaube, wir hatten ja ursprünglich schon Streit darüber, wie die Lage tatsächlich ist, ich glaube, das hat uns sehr geholfen, was Sie da beigetragen haben. Meine Frage wurde jedenfalls in einem Aspekt schon mal ein bisschen vorweggenommen, mich würde interessieren, auch unabhängig von diesen Bandenraubtaten, ob es, sage ich mal, vielleicht eine Statistik gibt, oder eine gefühlte Statistik über das Stadtgebiet verteilt, ob es dafür Kriminalität tatsächlich Schwerpunkte gibt, wenn man jetzt klassischerweise wahrscheinlich an den Hauptbahnhof zum Beispiel denkt für verschiedene Delikte, oder möglicherweise das eine oder andere in der Neu- oder Südstadt, ob es da, sage ich mal, eine Aufteilung gibt, von der man sagen kann, das sind Kriminalitätsschwerpunkte, ob das übers Stadtgebiet verteilt jetzt auch über die Jahre verteilt über alle Delikte gibt?

Frau Wernicke

Also, das gibt es. Wir können eigentlich alles recherchieren, Straßenzüge, einzelne Hausnummern, das spielt immer dann eine Rolle, wenn das Gefühl ist, dass an bestimmten Bereichen besonders viel stattfindet, deshalb haben wir auch die gefährlichen Orte hier in Halle, da würde ich beispielhaft den Riebeckplatz benennen, wo wir auch die Waffenverbotszone haben und auch hier beweisen die Kontrollen, dass dort immer wieder Menschen unterwegs sind, die halt gefährliche Gegenstände mit dabei haben, oder wo auch Straftaten vermehrt stattfinden, sodass hier dann immer eine Analyse stattfindet und zum Beispiel in Halle-Neustadt Am Treff, im Sommer, in den Sommermonaten, auch die Peißnitzinseln, Ziegelwiese, wo wir dann auch andere Befugnisse haben. Das machen wir auch sehr bewusst. Hauptbahnhof, Kamieth-Straße gehört auch mit dazu.

Herr Raue

Okay, Frau Jacobi, bitte.

Frau Jacobi

Ja, Dankeschön, es wird hier immer recht populistisch von Banden gesprochen, ich habe Sie jetzt in Ihren Ausführungen nicht von Bandenkriminalität sprechen hören. Also, können Sie das vielleicht aus ihrer Fachexpertise nochmal irgendwie, damit alle wissen, wann man von Bandenkriminalität spricht und was wir hier jetzt vorliegen haben, vielleicht nochmal erörtern, ob, also, oder einschätzen. Sprechen wir hier von Bandenkriminalität oder eher nicht?

Frau Wernicke

Es gibt juristische Definitionen über eine Bande: Arbeitsteilig handeln, organisiert vorgehen. Wir haben hier Jugendliche, die mal in der Konstellation, mal in der Konstellation beschließen, schwere Straftaten zu begehen, manchmal ganz spontan, die sich aber nicht vorher hinsetzen und sagen, so, wir sind jetzt diese Struktur und handeln jetzt geschlossen zum Erzielen von Erlösen in dem Bereich. Die tauchen immer wieder in unterschiedlicher Konstellation auf, aber es gibt nicht diese Bande, es gibt Kumpels, die zusammen agieren, aber es gibt nicht diese Jugendbande, die jetzt immer wieder zusammen loszieht und hier dieser Raubstraftaten begeht.

Herr Raue

Okay, vielen Dank, Frau Jacobi. Ich hätte noch eine Frage, und zwar... Tummescheit, bitte, dann Sie. Erst Sie.

Frau Tummescheit

Okay. Meine Frage bezieht sich auf die Aufklärungsquote. Ich habe gesehen in den Grafiken und mich würde interessieren, woher genau die kommt und was in Prozent die genau angibt. Also, es wird in Verbindung gebracht, genau, mit den einzelnen Taten, das die sehr steigt die Aufklärungsquote, genau, inwiefern das zusammenhängt, würde mich interessieren.

Frau Wernicke

Okay, wenn ich Sie richtig verstanden habe, wollten Sie wissen, was die Aufklärungsquote sagt und wie die zustande kommt?

Frau Tummescheit

Genau und ja genau, also, was das bedeutet und was Sie da tun.

Frau Wernicke

Also, das bedeutet, eine Straftat wird bei der Polizei angezeigt, wenn ich einen Tatverdächtigen bei Abgabe zur Staatsanwaltschaft benennen kann, dann ist die eine Tat aufgeklärt, dann sind das hundert Prozent und das bedeutet einfach, der prozentuale Anteil der Straftaten, die wir mit einem bekannten Namen an die Staatsanwaltschaft abgeben und dann gibt es Deliktsbereiche, wie vorhin schon gesagt hab, da kommt man und sagt Herr X hat mich beleidigt, dann ist das der Täter, hundert Prozent Aufklärung, oder wir finden die leere Stelle vor, wo das Fahrzeug gestanden hat, was entwendet wurde und da ist es natürlich schwerer hier zur Aufklärung zu kommen. So setzt sich das zusammen.

Frau Tummescheit

Vielen Dank.

Herr Raue

Dann habe ich noch eine Frage, Frau Warnecke. In den letzten polizeilichen Kriminalitätsstatistiken, da war immer das Phänomen, dass es überproportional nicht deutsche Tatverdächtige, also, überproportional nicht deutsche Tatverdächtige bei den schweren, besonders schweren Kriminalitätsfällen gegeben hat. Können Sie bestätigen, dass das jetzt auch wieder so ist, oder hat sich da eine Veränderung ergeben? Das wäre meine erste Frage noch.

Dann habe ich noch eine Frage zu speziell deutschenfeindlichen Vorgehen, dass man beispielsweise sagt, ich habe zum Beispiel eine Gruppe von Zuwanderern gibt, die sagt, ich greife jetzt besonders Deutsche als Opfer heraus, oder ist es so, dass die Opfer immer sowohl Deutsche als auch Zuwanderer sind? Gibt es da irgendwas, wo sich im Prinzip schon was analysieren lässt? Sie sind ja schon länger mit diesem Thema jetzt befasst, da könnte sich ja schon was gegeben haben, einen Sachstand.

Und dann noch eine dritte Frage. Sind Sie als Polizei oder ja, als Revier im Kontakt mit Revieren in den westlichen Bundesländern, wo die Phänomene eventuell schon länger oder nachweisbar schon länger sind und war dieses Phänomen, was wir jetzt haben, vielleicht erwartbar, ja, bei der Veränderung der Bevölkerungsstruktur bei uns?

Und vielleicht als allerletzte Frage, ob es, haben Sie vielleicht einen guten Ratschlag für uns, als Politiker, was man unternehmen könnte, um diese Tendenz zu brechen, also, diese Tendenz, dass ausländischer Staats... Moment

-Zwischenrufe-

Herr Raue

... die Tendenz, dass ausländische Tatverdächtige besonders stark vertreten sind, im Vergleich, oder im Vergleich zur Gesamtbevölkerung? Die sind ja überproportional vertreten gewesen bisher und da brauchen wir eben eine Lösung.

Haben Sie jetzt Kackscheiß gesagt? Dafür kriegen Sie jetzt eine Ermahnung. Bitte nicht in diesem Ton. Bitte nicht in diesem, könnte Sie woanders machen, können Sie im Stadtrat machen, da können Sie sich von Frau Müller eine Abfuhr abholen, bitte, nicht in diesem Ton, sonst nehmen Sie nicht mehr teil.

Frau Krimmling-Schoeffler bitte nach der Antwort.

Frau Krimmling-Schoeffler

Herr Raue, wir hatten uns als Ausschuss mal geeinigt und da waren Sie auch dafür, dass wenn Sie mehrere Anfragen stellen, das nicht als Ausschussvorsitzender tun, sondern mit Herrn Aldag tauschen und ich finde, das wäre eine Stelle gewesen, an der Sie das hätten wieder tun müssen.

Herr Raue

Das muss ich nicht, das kann ich selbst entscheiden, das haben Sie nicht zu entscheiden.

Frau Krimmling-Schoeffler

Ich habe das nicht zu entscheiden, aber wir hatten das als Ausschuss mal so besprochen.

Herr Raue

Wir haben das überhaupt nicht entschieden, bitte reden Sie jetzt nicht rein, Sie sind nicht dran, Sie können sich gleich äußern, jetzt hat die Frau Wernicke das Wort. Es kann nicht sein in diesem Ausschuss, wo ich Vorsitzender bin, dann müssen Sie mich abwählen. Wenn es Themen gibt, die wirklich von wichtiger Bedeutung sind, dass wir hier in diesem Ausschuss in einem Verfahren gehen, wo wir irgendwas verniedlichen oder hinterm Berg halten, nur weil Ihnen das in ihrer linksgrünen Blase nicht passt. Das geht nicht.

Frau Krimmling-Schoeffler

Aber das ist jetzt besser? Linksgrüne Blase, oder was? Da gebe ich Ihnen jetzt den Ordnungsruf.

Herr Raue

Den gebe ich mir selber, an dieser Stelle. Das hätte ich auch nicht machen sollen.

Herr Rebenstorf

Herr Raue, ich würde Sie gerne bitten, in dem Moment jetzt mit Herrn Aldag zu tauschen, dann können Sie sich sehr intensiv an der Debatte beteiligen, vielen Dank.

Herr Raue

Ich muss jetzt nicht tauschen, weil ich keine weiteren Fragen habe und ich würde einfach Frau Wernicke das Wort geben, die Fragen gegebenenfalls zu beantworten, wie Sie können.

Frau Wernicke

Okay, also, die erste Frage war, ob es Besonderheiten gibt, ob deutsche Tatverdächtige von ausländischen, nein, Geschädigte von ausländischen Tatverdächtigen angegriffen werden. Also, ich kann nur sagen, es gibt jede Konstellation und es gibt aber in diesem Bereich überhaupt keine Schwerpunkte, der Schwerpunkt ist derzeit diese Jugendkriminalität. Vor zwei Jahren waren es die Brände in Neustadt. Also, wenn etwas besonders auffällt, dann widmen wir uns dem auch besonders und das ist derzeit die Jugendkriminalität in allen Facetten. Weitere Schwerpunkte sind mir da nicht bekannt.

Die Statistik, was die Beteiligung der Nationalitäten angeht, da kann ich keine professionelle Aussage treffen, weil ich die Tabelle nicht mithabe, also, wenn es dazu Fragen gibt, dann müsste ich das nachreichen, weil die Zahlen zu allen Deliktsbereichen, die habe ich nicht auswendig, aber bei der Betrachtung weiß ich, dass es keine eklatanten Unterschiede zu den Feuern gegeben hat, also, da hat sich kein Bereich verschoben.

Und was jetzt die schweren Delikte angeht, wie Mord und Totschlag, da muss ich leider an die Behörde verweisen, weil das nicht mein Bereich ist. Also, ich kann wirklich nur für meinen Zuständigkeitsbereich sprechen. Und Tipps kann ich leider nicht geben, weil ich nicht weiß wofür. Wir haben Kontakte in unterschiedliche Bundesländer, wir haben Netzwerke, ja, die auch privater Natur sind, wir kennen die Dienststellenleiter andere, da tauschen wir uns schon aus, aber ja, da sind halt viele Deliktsbereiche, die dabei eine große Rolle spielen und da gucken wir schon, dass wir uns auch mal die Konzeption hin und herschieben, aber ja, nichts was jetzt irgendwie von besonderer Relevanz wäre.

Herr Raue

Vielen Dank, Frau Wernicke, war schon von besonderer Relevanz, wenn sich keine Änderungen zu den letzten Jahren ergeben hat, das ist ja schon schlimm genug. Okay. Vielen Dank, dann denke ich, wenn sich niemand weiter findet, der noch eine weitere Frage hat, dann sind wir am Ende dieser Diskussion. Dann bedanke ich mich bei Ihnen, Frau Wernicke, für Ihre Zeit, auch, dass Sie diese kurze unschöne Situation jetzt gerade erdulden müssen, entschuldige ich mich bei Ihnen und wünsche Ihnen in jedem Fall noch einen schönen Dienst und einen guten Weg. Vielen Dank.

-Wortprotokoll Ende-

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Open-Air-Kulturveranstaltungen ohne vorherige Anmeldung Vorlage: VII/2021/03064

Herr Aldag berichtete, dass die Stadt Magdeburg keine Auswertungen aufgrund der Pandemie vornehmen konnte. Dennoch will die Stadt Magdeburg in diesem Jahr nochmal die Möglichkeiten anbieten. Er bat daher um Zustimmung zum Antrag.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Raue** bat um Abstimmung des Antrags.

zu 5.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Open-Air-Kulturveranstaltungen ohne vorherige Anmeldung
Vorlage: VII/2021/03064

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

mit Patt abgelehnt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, mehrere, mindestens aber zwei Flächen im Stadtgebiet für die Durchführung von Open-Air-Kulturveranstaltungen ohne vorherige Anmeldung zur Verfügung zu stellen und ein angemessenes Regelwerk dafür zu erarbeiten.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, diese Möglichkeit mittels geeigneter Kommunikationskanäle öffentlichkeitswirksam zu bewerben.

zu 5.3 Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Entwicklung von Strategien zur Sicherung der Energie- und Wärmeversorgung in Halle
Vorlage: VII/2022/03763

Herr Menke brachte den Antrag seiner Fraktion ein und begründete diesen.

Herr Rebenstorf verlas die Stellungnahme von Herrn Lux, der aufgrund eines weiteren Termins nicht mehr an der Sitzung teilnehmen kann:

Herr Lux empfahl die Ablehnung des Antrags. Die Gründe dafür sind: 1. Die Bundesregierung ist dabei eine Neuorientierung des in Deutschland eingesetzten Erdgases vorzunehmen. Die großen Erdgasimporteure verhandeln derzeit neue internationale Lieferverträge. Dies wird die Grundlage einer Neuorientierung in Deutschland liefern. 2. Die SWH und die Mitglieder der Energieinitiative arbeiten derzeit an der Roadmap Klimaneutralität und ihrer Umsetzung. Der vorliegende Beschlussantrag steht zu beiden laufenden Prozessen im Konflikt.

Frau Jacobi empfahl den Antrag für erledigt zu erklären. Die Roadmap der Stadtwerke Halle ist bekannt und das Ansinnen des Antrags ist darin bereits aufgegriffen.

Herr Scholtyssek stimmte dem zu und stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Erledigung.

Herr Raue bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrags.

Abstimmungsergebnis GO-Antrag:

mehrheitlich zugestimmt

**zu 5.3 Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Entwicklung von Strategien zur Sicherung der Energie- und Wärmeversorgung in Halle
Vorlage: VII/2022/03763**

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung beauftragt die Stadtwerke Halle GmbH, eine Strategie zu entwickeln und dem Stadtrat vorzulegen, die eine von russischen Rohstoffressourcen weitestgehend unabhängige Energie- und Wärmeversorgung im halleschen Stadtgebiet garantiert.

Die Vorlage des Strategiepapiers durch die Stadtwerke Halle GmbH erfolgt zum Stadtrat Juli 2022.

**zu 5.4 Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Nutzung von Solarenergie und Erdwärme für kommunale Wohnungsgesellschaften
Vorlage: VII/2022/03764**

**zu 5.4.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum "Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Nutzung von Solarenergie und Erdwärme für kommunale Wohnungsgesellschaften" (VII/2022/03764)
Vorlage: VII/2022/04080**

Herr Menke brachte den Antrag seiner Fraktion ein und begründete diesen.

Herr Aldag brachte den Änderungsantrag seiner Fraktion ein und begründete diesen.

Herr Rebenstorf teilte mit, dass die Verwaltung die Annahme des Antrags empfiehlt. Eine Stellungnahme zum Änderungsantrag folgt noch.

Herr Scholtyssek bat um die Prüfung, ob der Änderungsantrag überhaupt zulässig ist, da dieser den Prüfauftrag in eine Gesellschafterweisung abändern würde. Zudem gab er zu bedenken, dass der Antrag seiner Meinung nach nicht ausreichend fundiert ist. Des Weiteren merkte er an, dass man sich zwischen Fassadenbegrünung und Photovoltaikanlagen entscheiden sollte. Er regte an, den Änderungsantrag nochmal zu überarbeiten.

Herr Dr. Bergner sagte, dass er die Rolle des Stadtrates anders sieht.

Frau Krimmling-Schoeffler fragte, weshalb keine Stellungnahme der Wohnungsgenossenschaften vorliegt. Zudem hinterfragte sie die Beratungsfolge des Änderungsantrags und sagte, dass ihr die Entscheidung des Finanzausschusses wichtiger ist.

Frau Dr. Burkert sagte, dass es zum gleichen Thema bereits eine Anfrage von Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER im Juni 2021 gab. In der Antwort der Verwaltung wurde zugesichert, dass es im Mai 2022 eine Berichterstattung zu Photovoltaikanlagen geben wird. Sie fragte nach dem Umsetzungsstand.

Herr Rebenstorf sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Frau Tummescheit bezog sich auf die Aussage von Herrn Scholtyssek und sagte, dass sich Dachbegrünung und Solaranlagen nicht widersprechen.

Herr Aldag sagte, dass er die ablehnende Haltung nicht nachvollziehen kann. Er bat um Zustimmung zum Änderungsantrag.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Raue** bat um Abstimmung des Antrags.

**zu 5.4.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum "Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Nutzung von Solarenergie und Erdwärme für kommunale Wohnungsgesellschaften" (VII/2022/03764)
Vorlage: VII/2022/04080**

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

mehrheitlich zugestimmt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird geändert und erhält folgende Fassung:

~~Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zu prüfen, inwieweit kommunale Wohnungsgesellschaften entsprechend der gesetzlichen Rahmenbedingungen verpflichtet werden können, alle geeigneten Dächer ihrer Immobilien mit Solaranlagen auszustatten. In diesem Zusammenhang ist außerdem zu prüfen, inwieweit und in welcher Form überschüssige Solarenergie in Zukunft gespeichert werden kann. Geprüft wird darüber hinaus, ob sich im halleschen Stadtgebiet Erdwärme zur Erzeugung von Energie nutzen lässt. Das Prüfergebnis wird dem Stadtrat im Dezember 2022 vorgelegt.~~

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) weist den Oberbürgermeister als gesetzlichen Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) an, über die Gesellschafterversammlungen der Halleschen Wohnungsgesellschaft mbH (HWG) und der Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH (GWG) die Geschäftsführungen der beiden Gesellschaften über eine Gesellschafterweisung anzuweisen, im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten folgende Maßnahmen umzusetzen:

- 1. Die begonnene Analyse der Eignung und des Potenzials von Dächern, Fassaden und Balkonanlagen für Photovoltaikanlagen gemeinsam mit der EVH GmbH ist mit hoher Priorität abzuschließen.**
- 2. Bei Sanierung und Neubau von Gebäuden ist künftig die Eignung von Dach-, Fassaden- und Balkonflächen für Photovoltaikanlagen zu gewährleisten / herzustellen.**
- 3. Bei Dach- und Fassadenflächen, die für die Installation von Photovoltaikanlagen geeignet sind, ist der EVH die Installation entsprechender Anlagen zu gestatten.**

**zu 5.4 Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Nutzung von Solarenergie und Erdwärme für kommunale Wohnungsgesellschaften
Vorlage: VII/2022/03764**

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

mit Patt abgelehnt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zu prüfen, inwieweit kommunale Wohnungsgesellschaften entsprechend der gesetzlichen Rahmenbedingungen verpflichtet werden können, alle geeigneten Dächer ihrer Immobilien mit Solaranlagen auszustatten.

In diesem Zusammenhang ist außerdem zu prüfen, inwieweit und in welcher Form überschüssige Solarenergie in Zukunft gespeichert werden kann.

Geprüft wird darüber hinaus, ob sich im halleschen Stadtgebiet Erdwärme zur Erzeugung von Energie nutzen lässt.

Das Prüfergebnis wird dem Stadtrat im Dezember 2022 vorgelegt.

zu 6 Mitteilungen

zu 6.3 Baumfällliste

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 6.5 Informationen zu Steinschüttungen

Herr Schültke informierte anhand einer Präsentation über den aktuellen Sachstand zu den Steinschüttungen.

Anmerkung: Die Präsentation ist in Session hinterlegt.

Auf Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER wurde zur folgenden Passage ein Wortprotokoll angefertigt.

Herr Rebenstorf

Die meisten haben sich ja jetzt schon über den Kalender zurückgemeldet. Wir haben am Freitag zu einer Ortsbegehung eingeladen. Ich werde auch mit dabei sein und dann werden wir das, was Herr Schültke jetzt, als auch am Dienstag im Planungsausschuss in Theorie vorgestellt hat, mit Ihnen vor Ort nochmal praktisch besprechen.

Das Boot, was wir organisieren wollen, hat leider nicht geklappt. Also, feste Schuhe und wir werden da einige Kilometer entlang der Saale laufen. Wir werden ein Stückchen laufen. Werden das mit Ihnen vor Ort besprechen, weil wir glauben, es ist besser das vor Ort zu erklären, als mithilfe der Bilder, da redet man doch sehr oft aneinander vorbei. Deswegen freue ich mich, dass wir uns am Freitagnachmittag dann sehen und am praktischen Beispiel vor Ort uns die Punkte nochmal angucken werden.

Herr Raue

Okay, gut, dann danke ich... Herr Aldag bitte.

Herr Aldag

Bloß nochmal eine Nachfrage. Herr Schültke, wenn man das auf den Bildern immer so schlecht sieht und ich habe das ja auch in den letzten Sitzungen immer angesprochen. Ich kann diese Anlagen, die Sie da immer zeigen, diese Betondinger, die da rumliegen, kann ich nicht deuten, was das ist, ob das was Relevantes ist oder nicht. Was ich aber deuten kann, ist, und das ist auch nachweislich so, leider haben wir das irgendwie, glaube ich, bei der Beantragung vergessen, es gibt doch zahlreiche Anlagen, Treppenanlagen, Kanuanlegestellen, die unterspült wurden und die wir nicht reparieren. Das ist echt ein Manko und die zweite Misere an dem ganzen Ding, dass man eigentlich jetzt dort irgendwelche Betonklumpen da jetzt zuschütten, aber die ich nicht werten kann, ob sie relevant sind, aber eigentlich Anlagen, die wichtig wären im Zuge des Wassertourismus, kaputt liegen lassen, evtl. noch mit Steinen überschütten und sie verloren sind. Das halte ich für völlig kontraproduktiv. Aber vielleicht können Sie zu den Betonklumpen nochmal was sagen, was das sein soll.

Herr Raue

Okay, Herr Rebenstorf.

Herr Rebenstorf

Ja, Herr Aldag, das ist genau das, was wir mit Ihnen gerne vor Ort besprechen wollen. Was können wir über den bestehenden Auftrag, mit der Firma, über den bestehenden Stadtratsbeschlüsse noch abdecken und was bleibt da am Ende des Tages noch übrig und wie auch immer wir dann dort zu neuen Projekt oder zu einer neuen Finanzierung kommen. Ich glaube, das ist einfach das Beste, weil das ist hier, jetzt nicht falsch verstehen, das ist eine öffentliche Diskussion, das ist alles richtig, aber es ist sehr theorielastig und rein räumlich ist da einer auf der einen Seite vom Fluss und der andere auf der anderen Seite vom Fluss und nicht falsch verstehen, da reden wir dummerweise wieder aneinander vorbei. Es ist das Beste, vor Ort mit dem Finger drauf zu zeigen.

Herr Raue

Herr Menke.

Herr Menke

ja, Dankeschön. Noch die Frage vielleicht im Anschluss an Herrn Aldag. Jetzt prüft man ja im Moment, wo kann man noch Steinschüttungen machen. Prüft man eigentlich auch, ob es zu diesen Steinschüttungen Alternativen gibt? Weil wenn wir jetzt in großen Bereichen, in FFH-Bereich usw. gar nicht die Steinschüttungen machen dürfen, dann muss es doch eine Alternative geben, die vielleicht besser zu den FFH-Gebieten passt. Und wenn es solche Alternativen gibt, warum soll man die nicht auch woanders anwenden? Es gibt ja andere Flüsse, bei denen wird nicht mehr geschottert, da werden auch andere Methoden angewendet. Woanders werden, ich sage mal, an der wilden Mulde, da werden Schotterungen großräumig wieder abgebaut. Gut, ich weiß, die Saale ist eine Bundeswasserstraße, das ist was anderes, als die wilde Mulde. Aber es muss doch heutzutage andere Möglichkeiten geben, als so eine Methode, die vor 50/60/70 Jahren mal angewendet worden ist, so einen Fluss mit Schotter voll zu kippen. Ich meine, wir haben doch auch gesehen, der Professor, der bei uns Gast

Rederecht hatte, der erzählt hat, was sich da so angesiedelt hat. Ich meine, alles wird dadurch wieder zerstört.

Herr Raue

Herr Schültke.

Herr Schültke

Also, nochmal. Wir haben einen durch damaligen Stadtratsbeschluss entschiedenes, vergebenes Leistungsbild an ein Unternehmen. Wir haben einen Förderbescheid, der genau dies so einfordert, das zu tun, was damals beschlossen worden ist. Jetzt haben wir die Situation im Sinne eines, ich nenne es jetzt mal ganz bewusst, Kompromisses, um den Schaden für die Stadt Halle, so gering wie es geht, zu halten, das zu tun, was nach dem Stand der Technik auch heute noch okay ist. Ich hab es jetzt ganz bewusst (unverständlich), was die Bundeswasserstraßenverwaltung uns auch schriftlich auch so gegeben hat, dass wir dort noch in den Böschungsfußbereichen mit Steinen schütten, keine Gehölze mehr wegnehmen, um genau diesen Kompromiss umzusetzen, dass wir noch ein Unternehmer haben, der noch einen Auftrag bekommt, um die entsprechende Schadensersatzforderungen zu minimieren und trotzdem technisch das umsetzen, was nach dem Stand der Technik auch an anderen Stellen möglich ist.

Das, was Sie nachvollziehbar fragen, ist eine komplette Umplanung, die ist nicht abgedeckt durch einen Förderbescheid, nicht abgedeckt durch einen Stadtratsbeschluss und wir würden, wenn es denn notwendig wird, noch tätig zu werden, beispielsweise in den, das war die Frage im Planungsausschuss, zum Beispiel in Planena, da gibt es auch eine Stelle, hm, da muss man es sich auch nochmal genauer anschauen und dort müssen wir sehr sorgfältig prüfen, welche sinnvollen Maßnahmen es gibt. Ich sage es an der Stelle verkürzt, wir können nicht die Wasserwege, beispielsweise im Spreewald vergleichen, wo man mit verschiedenen und ähnlichen, ich sage jetzt mal, naturnahen Ausbauszenarien gearbeitet hat, mit einer Saale, die ja, Sie sehen es ja selber, wenn ich mir nur den vergangenen Winter angucke, anderthalb Meter höher war, als sie jetzt ist und eben auch deutlich bei sonstigen Hochwässern, die auch kommen werden, wieder deutlich größere Kräfte ans Ufer wirken lässt, als das bei einem sehr schwach fließenden Gewässer der Fall ist. Deswegen hat uns auch die Wasserstraßenverwaltung klipp und klar gesagt, die haben Tests gemacht, selber schon gebaut an anderer Stelle an der Saale und können uns das nicht empfehlen, mit solchen naturnahen Ausbauten im Stadtgebiet, wo auch starke Kräfte wirken entsprechende Maßnahmen umzusetzen.

In den Naturschutzbereichen, in FFH-Bereichen, in Vogelschutzbereichen, da kann man sehr wohl darüber nachdenken, ganz bewusst auch nichts zu tun und in Kauf zu nehmen, dass das Ufer ein Stück weit weiter ins Land hineinwächst, um das mal sehr allgemeinverständlich auszudrücken. Also, diese Abwägung steht noch bevor.

Herr Menke

Eine Nachfrage noch.

Herr Raue

Gerne, Herr Menke.

Herr Menke

Wenn Sie zitieren aus einem Schreiben des Bundeswasserstraßenamts, dann rege ich doch mal an, dass Sie uns Stadträten, die jetzt alle wirklich über Monate mit diesem Thema beschäftigt sind, einfach mal dieses Schreiben zur Verfügung stellen. Weil, ich mag das gar nicht, wenn aus Schreiben immer nur einzelne Sätze zitiert werden, weil ich mir dann denke, vielleicht wird zwei Absätze weiter das Ganze wieder relativiert oder anders dargestellt. Und darüber hinaus, würde mich gerne der Vertrag interessieren, zwischen der Stadt Halle und

der Landeswasserstraßenverwaltung, aus dem sich ergibt, dass die Stadt Halle verpflichtet ist, diese Maßnahmen zu machen. Inhaltlich würde mich der Vertrag interessieren.

Herr Raue

Herr Schültke bitte.

Herr Schültke

Also, auch hier gibt es eine feine, aber wichtige Unterscheidung. Die Bundeswasserstraßenverwaltung ist grundsätzlich zuständig für das Ufer und seinen Zustand, der herbeigeführt wird durch die Schifffahrt. Für Beseitigung von Schäden durch Hochwasser ist per se der jeweilige Grundstückseigentümer zuständig. Die Schnittstellen sind im wahrsten Sinne des Wortes fließend, weil das eine technische Gesamtanlage ist, kann man nicht sagen, ich fange mal oben an und mir ist es egal, was unten ist. Also, deswegen haben wir ja auch versucht, diese Gesamtbetrachtung jetzt so anzustellen, dass wir, ich wiederhole mich da, den Beschluss, den Sie uns mit auf den Weg gegeben haben, soweit umsetzen, dass wir den minimalsten Eingriff, im Sinne einer Ufersicherung jetzt noch machen, aber noch so viel machen können, dass die Schadenersatzforderungen des Unternehmers, der einen Auftrag hat, der einen Vertrag hat, noch im Sinne einer vertretbaren Menge entsprechend umsetzen kann.

Herr Menke

Verstehe ich dann richtig, dass es gar keinen Vertrag gibt, zwischen der Bundeswasserstraßenverwaltung und der Stadt Halle.

Herr Schültke

Doch, vom vergangenen Jahr gibt es den.

Herr Menke

Den würde ich auch ganz gerne mal haben, mit diesem Schreiben.

Herr Raue

Herr Schültke, ich hätte mal noch eine Frage. Und zwar, wenn wir jetzt sozusagen das so stark reduzieren, wie wir es jetzt im Bild gesehen haben, ist dann... ursprünglich hat dann wahrscheinlich jemand berechnet oder vorgesehen, dass eigentlich die Dimensionen anders sein müsste, nämlich wie wir sie ursprünglich in der Schotterung begonnen hatten. Ist das jetzt immer noch eine so sichere Variante, dass das jetzt nicht beim nächsten etwas größeren Hochwasser alles wieder weggespült wird, was, wenn wir es so eingebaut hätten, wie das ursprünglich geplant war, Widerstand geleistet hätte? Also, kriegen wir jetzt ein gewisses Risiko mit auf den Weg?

Herr Schültke

Die Frage haben wir uns selber auch gestellt, deswegen hatte ich vorhin auch bewusst gesagt, was ist technisch noch vertretbar im Sinne einer Ufersicherungsmaßnahme, damit der Aufwand, der jetzt gemacht wird, ich sage es jetzt mal platt, nicht umsonst ist, im wahrsten Sinne des Wortes, dass dann quasi... man hätte es auch gleich bleiben lassen können. Also, dass was wir, wir sind auch wirklich mit der Schifffahrtsverwaltung, sind wir die ganzen Abschnitte nochmal mit dem Boot hoch und runter und haben uns alle Stellen angeguckt und die haben ja auch Sonar und so weiter und können uns ja auch genau sagen, wo ist was, wo sollten wir mehr und wo sollten wir weniger, das haben wir alles in diese Überlegung einfließen lassen, damit genau das, was Sie eben zurecht als Frage gestellt haben, so beantwortet ist, dass wir sagen können, das ist technisch vernünftig, ist aber eine Umsetzung des, ich nenne es mal vereinfacht, des reduzierten Beschlusses und natürlich ist die ursprünglich geplante und vertraglich eigentlich zugesicherte Maßnahme eine deutlich kräftigere Ausgestaltung des Ufers, keine Frage. Aber, ich glaube, da sind wir uns alle einig, kein Mensch weiß, wie ein nächstes großes Hochwasser, das mit Sicherheit irgendwann kommen wird, ob

das so stark ist, wie das 13er oder stärker oder schwächer, das weiß keiner, und es weiß auch keiner, wie sich das dann auswirken wird auf die Maßnahme, egal welcher Art, die wir umgesetzt haben werden.

Herr Raue

Vielen Dank, Herr Schültke. Herr Aldag.

Herr Aldag

ich habe bloß eine kleine Nachfrage. Ich bin da jetzt unwissend. Wir hatten doch jetzt, vorgestern, nein gestern, einen Widerspruch auf dem Tisch. Wie wirkt sich denn der jetzt aus, auf das, was Sie gerade gesagt haben, dass Sie eigentlich die Maßnahmen so weit weiterführen, wie wir es beschlossen haben? Ich habe gerade keine Ahnung. Wie wirkt der Widerspruch, der da dort jetzt auf dem Tisch liegt...

Herr Raue

Herr Rebenstorf bitte.

Herr Rebenstorf

Ja, das würde ich nochmal machen. Es wird ja jetzt folgendes passieren: Wir haben einen Beauftragungsstand mit der Firma, Summe X und wir werden jetzt weniger machen und dazwischen liegt ein Delta. Und über dieses Delta müssen wir nochmal reden mit Ihnen. Es geht jetzt nicht darum, dass wir jetzt hier auf Biegen und Brechen auf die ursprüngliche Beschlussfassung wieder zurückfallen wollen, um all das, was wir außerhalb von Gerichtsurteilen noch machen könnten, noch umzusetzen, aber es wird ein Delta übrigbleiben. Und wie hoch das ist, als finanzieller, es geht nur um den finanziellen Part, nicht, dass wir das noch machen wollen, darüber müssen wir nochmal sprechen, weil das könnte sich nachteilig... es ist nicht rechtswidrig, aber es könnte sich nachteilig auswirken und ich sage es nochmal, uns geht es nur um dieses Delta, was sich dann am Ende finanziell auswirkt, das wir zum jetzigen Zeitpunkt einfach nicht abschätzen können, weil wir werden ja sehen, wie es bei der Ortsbegehung noch dreimal hin und her geht und dann werden wir hier irgendwann einmal rechnen müssen und aus dem Grund wird das gemacht.

Herr Raue

Als nächstes Herr Dr. Bergner.

Herr Dr. Bergner

Herr Aldag hat vorhin konkrete Uferanlagen angesprochen, also, beispielsweise Bootsanleger im Bereich Ziegelweise oder anders. Es ist jetzt etwas mühselig, das auf meinem Handy abzulesen. Ich weiß, dass diese Forderungen im Raum stehen, dass sie auch in der Diskussion um die Steinschüttungen erwähnt wurde, nur, Herr Rebenstorf, Sie haben jetzt den Eindruck erweckt, als ob morgen, ich kann leider zu dem Termin nicht da sein, bei dem Termin auf der Ziegelwiese, die Möglichkeit bestände, dass im Rahmen des bestehenden Vertrags zu verhandeln. Also, das war nämlich für mich der Punkt. Im Grunde hat der Stadtratsbeschluss, so wie er... Wann war es? 2016 gefällt wurde, für diese gar keine Vorsorge getroffen, oder sehe ich das falsch?

Herr Raue

Herr Rebenstorf.

Herr Rebenstorf

Herr Dr. Bergner, ich habe gesagt, wir müssen trennen, was können wir über diesen Vertrag noch ausführen und wenn wir einmal vor Ort sind, gucken wir uns genau diese Stellen an und da sagen Sie vielleicht, da könnte man, da könnte man noch dieses oder jenes und dann werden wir alle nochmal separat drüber sprechen müssen, über welches Projekt, über

welche Finanzierung oder wie auch immer, ich rate jetzt, eine Treppe, Bootsanleger oder was weiß ich ausführen können.

Herr Raue

Herr Schültke.

Herr Schültke

Ich hätte noch eine Ergänzung. Wir wollten uns allen einfach eines ersparen, dass wir wochenlang im Detail uns austauschen müssen und das ganze Thema täglich 1.500 Euro läuft einfach weiter, nur, weil vielleicht das Verständnis nicht da ist. Deswegen der Gedanke, zunächst mal „mit der ersten Portion“, die wir dann jetzt dann, möglichst zeitnah auch dann beauftragen wollen, mit Ihnen vorher (unverständlich) festgelegt zu haben.

-Wortprotokoll Ende-

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 7.1 Anfrage der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zu privaten Anzeigen von Verkehrsordnungswidrigkeiten
Vorlage: VII/2022/03975

Frau Jacobi verwies auf die Geschäftsordnung und sagte, dass die Antworten der Verwaltung am Freitag vor der Ausschusssitzung zur Verfügung gestellt werden müssen.

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.2 Anfrage der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zu Balkonkraftwerken
Vorlage: VII/2022/03976

Frau Jacobi bat um Zusendung der Anlage zur Antwort der Verwaltung.

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.3 Anfrage der Stadträtin Marion Krischok (DIE LINKE) zu den Grabstätten nach dem Gräbergesetz
Vorlage: VII/2022/03981

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.4 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur illegalen Müllentsorgung im Stadtgebiet von Halle (Saale) ab dem Jahr 2020
Vorlage: VII/2022/03988

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.5 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle zu Gegebenheiten in der Paul-Singer-Straße in Reideburg
Vorlage: VII/2022/03989

Frau Dr. Burkert fragte nach der Zeitschiene.

Herr Teschner antwortete, dass eine zeitnahe Umsetzung avisiert wird.

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.6 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle zu Gegebenheiten am Burgberg in Reideburg
Vorlage: VII/2022/03990

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.7 Frau Krischok zum Weihnachtsmarkt

Frau Krischok stellte eine vorab schriftlich eingereichte Anfrage zum Weihnachtsmarkt:

1. *Wie viele Anmeldungen sind zum diesjährigen Weihnachtsmarkt eingegangen? Bitte für jedes Sortiment getrennt angeben.*
2. *Wird aus derzeitiger Sicht die Stadt weitere Bewerber*innen anwerben? Wenn ja, welche Warensortimente bzw. Leistungen?*
3. *Bis wann wird die Zulassung bzw. Nichtzulassung der Bewerbungen entschieden?*
4. *Wann wird der Markt- und Volksfest-Beirat zum diesjährigen Weihnachtsmarkt beraten?*

Herr Teschner antwortete, dass sich zum Halleschen Weihnachtsmarkt 98 Händler beworben haben. Diese gliedern sich in den Sortimenten, wie folgt: Glühwein: 20 Bewerbungen, Händler: 37 Bewerbungen, Imbiss: 19 Bewerbungen, Fahrgeschäfte: 6 Bewerbungen, Süßwaren: 16 Bewerbungen. Aus derzeitiger Sicht erfolgt keine weitere Anwerbung. Die Entscheidungsfindung soll bis Ende Juni 2022 abgeschlossen sein. Der nach Marktsatzung zu bildende Markt- und Volksfestbeirat wird rechtzeitig für Anfang Juli eingeladen.

zu 7.8 Frau Krischok zur Feuerwehr

Frau Krischok stellte eine vorab schriftlich eingereichte Anfrage zur Feuerwache:

1. *Wie ist der aktuelle Stand der Errichtung der Dritten Wache in Büschdorf? Wird die Nutzung planmäßig erfolgen können? Wenn nein, welche Ursachen gibt es für die Verzögerung?
In welcher Stärke wird zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme die Dritte Wache personell besetzt sein?*
2. *Wie ist der aktuelle Stand beim Neubau der Freiwilligen Feuerwehr Lettin? Erfolgen die Arbeiten planmäßig, sodass die Fertigstellung 2023 gesichert ist? Wenn nein, welche Ursachen gibt es für die Verzögerung?*

Herr Teschner antwortete, dass derzeit der Innenausbau der Dritten Wache stattfindet. Derzeit geht die Stadtverwaltung davon aus, dass die Wache planmäßig Anfang 2023 in Nutzung gehen wird. Die Wache wird mit 10 Funktionsstellen besetzt.

Er bezog sich auf die zweite Frage und antwortete, dass das Fertigstellungsdatum Ende 2023 realistisch ist.

Frau Krischok sagte, dass der Vertrag über einen Teil der Halle nur bis Mitte 2023 läuft. Sie bat um Stellungnahme.

Herr Teschner antwortete, dass davon auszugehen ist, dass der Feuerwehr Lettin ein Ausweichobjekt zur Verfügung gestellt wird.

zu 7.9 Frau Krischok zu Ehrengräbern

Frau Krischok stellte eine vorab schriftlich eingereichte Anfrage zu Ehrengräbern:

Wird es an den Gräbern ehemaliger hallescher Ehrenbürger eine Kennzeichnung analog der vom Stadtrat beschlossenen Ehrengräberkennzeichnung geben? Wenn ja, bis wann wird das erfolgen? Wenn nein, warum nicht?

Herr Johannemann antwortete, dass entsprechende Pultsteine mit Plaketten errichtet werden. Der konkrete Zeitpunkt kann noch nicht benannt werden.

zu 7.10 Frau Jacobi zum Stadtradeln

Frau Jacobi bezog sich auf die Antwort der Verwaltung zur ihrer Anfrage zum Stadtradeln und sagte, dass die Antwort nicht zufriedenstellend ist. Der gefasste Beschluss hatte explizit gefordert, dafür Spenden einzuwerben. Sie fragte, ob keine Spenden eingeworben werden konnten.

Herr Rebenstorf sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 7.11 Frau Jacobi zum Grundstück Trothaer Straße 75

Frau Jacobi bezog sich auf die Veräußerung des Nebengrundstückes der Trothaer Straße 75, mit der Auflage, den schützenswerten Baumbestand im Grundstücksbereich bei einer Bebauung beizubehalten und fragte, ob sich der Bauherr an diese Vorgaben hält.

Herr Rebenstorf sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 7.12 Frau Jacobi zur Baumreihe Reideburger Straße

Frau Jacobi bezog sich auf die zerstörte Baumreihe in der Reideburger Straße durch Pflugarbeiten im Jahr 2020 und fragte nach dem Ergebnis des eingeleiteten Ordnungswidrigkeitsverfahrens.

Herr Johannemann sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 7.13 Herr Aldag zur Baumaßnahme am Riveufer

Herr Aldag bezog sich auf die Fällung des Ahorns am Riveufer, mit der Begründung, dass an dieser Stelle eine Rampe installiert werden muss und berichtete, dass an der Stelle des gefällten Baumes nun ein großes Betonfundament errichtet wurde. In den Bauplänen ist dazu nichts zu finden. Er bat um Stellungnahme der Verwaltung.

Herr Rebenstorf sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 7.14 Herr Aldag zur Peißnitzbrücke

Herr Aldag fragte nach dem aktuellen Stand zu den Arbeiten an der Peißnitzbrücke.

Herr Rebenstorf sicherte eine Information bei der morgigen Begehung der Steinschüttungen zu.

zu 7.15 Herr Aldag zur Baustelle Gravo Druck

Herr Aldag berichtete, dass die Baustellenzufahrt von der Reilstraße über den Parkplatz/ Fußweg/ Radweg in die Aldolf-von-Harnack-Straße voll asphaltiert wurde. Er bat um Stellungnahme zur Gewährleistung der Sicherheit des Fußgänger- und Radverkehrs.

Herr Teschner sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 7.16 Herr Aldag zur Baumaßnahme am Kanal

Herr Aldag berichtete über eine größere Baumaßnahme am Kanal und fragte, um welche Baumaßnahme es sich handelt.

Herr Johannemann antwortete, dass am Kanal eine Baumaßnahme zur Fernwärme stattfindet. Dort musste nochmal nachgearbeitet werden.

zu 7.17 Herr Aldag zur Pfarrstraße

Herr Aldag bezog sich auf die Baumaßnahme am Kaffeegarten Trotha und sagte, dass die Bauarbeiten in den Wurzelraum der benachbarten Bäume eingreifen. Zudem wurde durch die Behörde festgelegt, dass der Bauherr die benachbarten Bäume verschneiden kann. Er bat um Stellungnahme der Verwaltung.

Herr Johannemann sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 7.18 Herr Scholtyssek zur Sperrung der Rudolf-Breitscheid-Straße

Herr Scholtyssek fragte, ob alle Maßnahmen ausgeschöpft wurden, um die Sperrung der Ausfahrt der Rudolf-Breitscheid-Straße zu verhindern. Er regte eine Markierung oder die Installation größerer Schilder an.

Herr Teschner antwortete, dass bereits vor der Sperrung größere Schilder und Markierungen gesetzt wurden. Es wurden weitere verschiedene Varianten geprüft. Die derzeitige Variante wurde durch die Verkehrsunfallkommission in Abstimmung mit der Stadtverwaltung bevorzugt.

zu 7.19 Herr Scholtyssek zur Osttangente

Herr Scholtyssek bezog sich auf die Reduzierung der Geschwindigkeit auf einem Teilstück der Osttangente auf 50 km/h und fragte, ob noch andere Maßnahmen angedacht sind, um der vermehrten Unfalllage entgegenzuwirken.

Herr Teschner antwortete, dass der erneute Unfall den Handlungsbedarf zeigt. In diesem Bereich befinden sich keine Mittelleitplanken und kein Seitenaufprallschutz. Die Reduzierung der Geschwindigkeit ist im Augenblick die Maßnahme, die man kurzfristig umsetzen kann. Langfristig könnte dort über die Installation von Leitplanken nachgedacht werden.

zu 8 Anregungen

zu 8.1 Anregung der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Darstellung von Kriegsgräbern auf der Homepage der Stadt Halle Vorlage: VII/2022/04063

Herr Rebenstorf informierte, dass die Anregung aufgenommen wird und in geeigneter Weise umgesetzt wird.

zu 8.2 Frau Krischok zum TOP 8.1

Frau Krischok wies bei einer Darstellung der Kriegsgräber auf der halleschen Homepage auf den Datenschutz hin.

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.3 Frau Krischok zum Konzept Nette Toilette

Frau Krischok regte an, das Konzept „Nette Toilette“ im kommenden Ausschuss vorzustellen.

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

Herr Raue beendete die öffentliche Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Alexander Raue
Ausschussvorsitzender

Sarah Lange
Protokollführerin